



Bebauungsplan (Satzung)

Saarbrücken-Roden - Fraulautern, Gebiet zwischen der Güterbahnhofstrasse - verl. Straße am Kirchenbach bzw. Westgrenze der Parzelle 573/2 Flur 9, Gemarkung Roden ostwärts der Margarethenstrasse - Ulwerkweg - Rodener Straße - Mühlentstrasse in der Stadt Saarbrücken

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates am 09. AUGUST 1965 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch das Stadtbaubüro.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1 Geltungsbereich	siehe Plan
2 Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	Gewerbegebiet = GE
2.2.1 zulässige Anlagen	BauNVO § 8 (2)
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	BauNVO § 8 (3)
2.2 Baugebiet	MISCHGEBIET
2.3.1 zulässige Anlagen	BauNVO § 6 (2)
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	BauNVO § 6 (3)
3 Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	M, GE, = MAX. II
3.2 Grundflächenzahl	BauNVO
3.3 Geschossflächenzahl	BauNVO
3.4 Baumassenzahl	BauNVO
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	entfällt
4 Bauweise	
4.1 überbaubare und nicht überbaubare Grundstücke	siehe Plan
4.2 Stellung der baulichen Anlagen	entfällt
4.3 Mindestgröße der Baugrundstücke	entfällt
4.4 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschoßboden)	min. 30 cm
4.5 Vorkehrungen für überbaute Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche
4.6 Flächen für nicht überbaute Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	entfällt
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	entfällt
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist.	entfällt
14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	entfällt
15 Verkehrsflächen	siehe Plan
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	siehe Plan
17 Versorgungsflächen	BauNVO § 14 (2)
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	entfällt
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt
20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	entfällt
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt
22 Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	entfällt
23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	alle öffentlichen Verkehrsflächen zugunsten Stadtwerke
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	entfällt
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit und Gesundheit erforderlich sind	entfällt
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt
27 Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern	entfällt
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	entfällt

Aufnahme von Festsetzungen über die andere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

entfällt

Aufnahme von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	entfällt
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	entfällt
3 Flächen unter denen der Bergbau umgeht	im gesamten Geltungsbereich
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

entfällt

Planzeichen-Erklärung

Geltungsbereich	entf.	Straßengrenzlinie
Bestehende Gebäude	entf.	Baulinie
Geplante Gebäude	entf.	Baugrenze
Bestehende Straßen	entf.	Entwässerungsrichtung
Geplante Straßen	entf.	Vorgarten
Bestehende Grundstücksgrenze	entf.	Geschosszahl
Geplante Grundstücksgrenzen	entf.	MISCHGEBIET
Fläche zwischen Straßengrenzlinie und Baugrenze	entf.	Gewerbegebiet
	entf.	Straßenhöhe

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt von 01. Juli 1965.

Bis zum 31. Juli 1965...

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Stadtrat am 28. September 1965 beschlossen.

Saarbrücken, den 18. Oktober 1965...

Der Bürgermeister
(Schreiber)

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 5. April 1966

Der Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau
Im Auftrage

Saarbrücken, den 13. März 1966...

Der Bürgermeister

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 12. Mai 1966 ortsüblich bekanntgemacht.

Saarbrücken, den 13. März 1966...

Der Bürgermeister